

## Finanzchefs verlieren Zuversicht

Zürich. – In den Chefetagen machen sich wieder Konjunktürangebreit: 17 Prozent statt wie noch im März zwei Prozent der Schweizer Finanzchefs befürchten, dass der Wirtschaftsaufschwung bald ins Stocken gerät. Der Grund für die tieferen Sorgenfalten liegt vor allem in der europäischen Schuldenkrise und den Sparanstrengungen wichtiger Regierungen, wie die Beratungsfirma Deloitte in einer gestern publizierten Umfrage ermittelt hat. (sda)

## Daimler schafft Smart-Bereich

Stuttgart. – Der deutsche Autokonzern Daimler wertet seine vor Jahren zurechtgestutzte Kleinwagen-Marke Smart wieder auf. Ab September ist Smart ein eigener Produktbereich innerhalb des Geschäftsfeldes Mercedes-Benz Cars, wie Daimler gestern mitteilte. Um die nur hauchdünn schwarze Zahlen schreibende Marke überhaupt am Leben erhalten zu können, hatte Daimler bereits im Frühjahr eine Allianz mit Renault und Nissan Motor vereinbart. (sda)

## Chefwechsel beflügelt BP-Aktie

London. – Der sich abzeichnende Wechsel an der BP-Spitze hat den Aktien des britischen Ölkonzerns gestern Schub verliehen. Das Papier stieg an der Londoner Börse um bis zu knapp drei Prozent. Am Wochenende hatten sich die Anzeichen verdichtet, dass BP-Chef Tony Hayward in Kürze seinen Rücktritt bekannt geben wird (Ausgabe vom Montag). Heute publiziert der BP-Konzern überdies sein Quartalsergebnis. (sda)

## Brüssel nimmt IBM ins Visier

Brüssel. – Die EU geht gegen den US-Computerriesen IBM vor. Der Konzern wird verdächtigt, seine Marktmacht bei Grossrechnern auszunutzen, wie die EU-Kommission gestern erklärte. Die Behörde habe deshalb zwei förmliche Untersuchungen wegen Verstosses gegen die Kartellgesetze eingeleitet. Diese so genannten Mainframes werden von grossen Unternehmen und Verwaltungen zur Datenverarbeitung genutzt. (sda)

# Banker-Spross warnt vor grosser Plastik-Katastrophe

Nach viermonatiger Fahrt über den Pazifik ist das aus Plastikflaschen gebaute Segelschiff «Plastiki» gestern in Sydney angekommen. Die Crew macht damit auf die Verschmutzung der Weltmeere mit Plastikmüll aufmerksam.

Von Urs Wälterlin

Sydney. – Begleitet von Helikoptern und einer Flotille von Booten passierte die «Plastiki» gestern kurz vor Mittag das weltberühmte Opernhaus der australischen Grossstadt mit ihrem gleissend weissen Segeldach. Der Name «Plastiki» wurde in Anlehnung an das Floss «Kon-Tiki» gewählt, mit dem eine Expedition um den Norweger Thor Heyerdahl im Jahr 1947 den Pazifik überquerte. Nach 128 Tagen auf hoher See – auf einem Schiff, das aus wiederverwertbaren Materialien wie etwa 125 000 PET-Flaschen besteht und mit Leim aus Cashew-Nüssen zusammengehalten wird – war die Mannschaft der «Plastiki» sichtlich erschöpft.

Das Schiff war im März in San Francisco in See gestochen. Am Ruder David de Rothschild, 31-jähriger Spross des gleichnamigen Bankenimperiums. Während ihrer Reise gewann die Besatzung Strom aus Solarzellen, Windturbinen und mit Velos betriebenen Generatoren. Zudem bereiteten die Expeditionsteilnehmer ihren Urin auf, um sich so mit Wasser zu versorgen.

Sechs Millionen Tonnen jedes Jahr De Rothschild hat eine Mission: Der Abenteurer will vor der Gefahr warnen, die vom Alltagsprodukt Plastik ausgeht. Hunderte von Millionen Tonnen verschmutzen die Weltmeere, und jeden Tag werden es Tausende von Tonnen mehr. Laut der Uno enden jedes Jahr über sechs Millionen Tonnen Plastik in den Ozeanen der Welt. Es ist nicht nur Abfall, der von Schiffen achtlos über Bord geworfen wird; es sind Plastiksäcke, Styropor-Becher und Verpackungsfolien, die auf Abfallhalden landen und über Bäche, Kanäle und Flüsse in den Meeren enden.

Plastik hat eine Lebensdauer von Hunderten von Jahren. Jedes Stück Plastik, das je hergestellt worden sei, befindet sich «noch immer irgendwo in der Umwelt», sagt de Rothschild. Berichten von Seeleuten und Wissenschaftlern zufolge treiben allein im Pazifik zwei «Plastikteppiche» –



Auf einer Mission gegen den Plastikmüll: Die «Plastiki» kommt nach 128 Tagen auf hoher See in Sydney an, ...

schwimmende Müllkippen, laut verschiedenen Quellen so gross wie der US-Bundesstaat Texas.

Wie der Meeresbiologe Peter Steinberg vom Sydney Institut für Meeres-

wissenschaften erklärt, hat der Plastikmüll verheerende Konsequenzen für Tiere und Pflanzen. «Grosse Tiere wie Meeresschildkröten wechseln Plastiksäcke mit Quallen,

fressen sie, und gehen elend zugrunde.» Kleinere Tiere fressen statt Plankton mikroskopisch kleine Plastikteilchen und gehen ein. Damit sei das erste Glied in der Nahrungskette gebrochen, mit allen Konsequenzen für Fische, die dann auch nichts mehr zu fressen hätten. Hunderte von Millionen Menschen könnten so ihre oftmals einzige Quelle von Eiweiss verlieren.

Doch auch jene, die sich den immer seltener werdenden Fisch noch leisten könnten, seien in Gefahr, sagen Wissenschaftler. Giftstoffe im Plastik sammeln sich in den Körpern der Tiere an und werden vom Menschen aufgenommen.

### Wiederverwertung und Verzicht

Für de Rothschild ist klar: Plastik und Plastikabfall muss als wertvoller Rohstoff gesehen und wiederverwendet werden. Der Verzicht der Konsumenten auf Einwegprodukte sei aber nur ein erster Schritt. De Rothschild ruft Politiker auf, sämtliche Einweg-Plastikprodukte wie Plastikbecher, Plastiksäcke und Feuerzeuge sofort zu verbieten.



... wo Skipper und Banken-Sprössling David de Rothschild vom australischen Umweltschützer Ian Kiernan begrüsst wird. Bilder Rick Rycroft/Keystone

# Regulierung des Marktes lähmt die Stromwirtschaft

In der Schweizer Strombranche herrsche Unsicherheit und Lähmung. Grund ist, so zeigt die Dissertation einer Fachfrau, das Spannungsfeld zwischen abgewürgter Marktöffnung und ungesicherter Stromversorgung.

Von Hanspeter Guggenbühl

Bern. – Der internationale Stromhandel unter grossen Elektrizitätsunternehmen wurde schon vor Jahrzehnten liberalisiert und brachte der Schweizer Stromwirtschaft in den letzten Jahren wachsende Profite. Mit dem Stromversorgungs-Gesetz öffnete das Parlament 2007 diesen Markt auch für Verteilwerke und grosse Endverbraucher. In ihrer Dissertation an der ETH Zürich wollte Claudia Wohlfahrtstätter untersuchen, wie die Elektrizitätsfirmen in diesem neuen

Markt agieren. Doch die folgende Entwicklung durchkreuzte die Pläne der Doktorandin, die zuvor als leitende Mitarbeiterin bei der Stromhändlerin EGL gearbeitet hatte. Denn im März 2008 beschloss der Bundesrat die Stromversorgungs-Verordnung (StromVV), welche die Marktöffnung im Detail regelt.

### Liberalisierung rückwärts

Diese StromVV verpflichtet die Elektrizitätswerke, allen Kleinkunden sowie den Grosskunden, die am Markt nicht teilnehmen wollen, den Strom zu «Gestehungskosten» zu liefern. Doch weil die Produktion und die Bezugsverträge der Schweizer Stromwirtschaft billiger sind als die Preise auf dem europäischen Strommarkt, fehlt den zutrittsberechtigten Grossverbrauchern sowie ausländischen Anbietern jeder Anreiz, am Markt teilzunehmen. Auf Druck des Parlaments, das gegen die angekündigte

Erhöhung der Netztarife heftig protestierte, begrenzte der Bundesrat im Herbst 2008 zusätzlich die Verzinsung des Netzkapitals sowie die Überwälzung der Netzkosten. Beispiel: Ein Teil der Kosten für die Netzregulierung (die so genannten Systemdienstleistungen) halste der Bundesrat mit einer eiligst beschlossenen Revision der StromVV den Kraftwerksbetreibern auf – ein Entscheid, den das Bundesverwaltungsgericht kürzlich allerdings als gesetzwidrig taxierte (Ausgabe vom 15. Juli).

Der Staat schützte damit die Stromkonsumenten vor starken Tarifaufschlägen. Zugleich verhinderte er aber die Anpassung der nationalen Preise ans höhere europäische Marktpreisniveau und minderte den Anreiz, ins Stromnetz zu investieren. Mit dieser Form von «Liberalisierung» tat die Schweiz «einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung», schreibt Wohlfahrtstätter, denn: «Sie reguliert

den Preis stärker als vor der neuen Marktordnung und belohnt diejenigen, die den Markt meiden.»

### «Unsicherheit und Lähmung»

Weil sich über einen Markt, an dem keiner teilnimmt, keine Dissertation schreiben lässt, änderte die Autorin Konzept und Methodik ihrer Arbeit: Um das «Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Liberalisierung»\* zu ergründen, interviewte sie 33 Entscheidungsträger und Experten der Elektrizitätswirtschaft. Dabei kam Wohlfahrtstätter zu folgenden Erkenntnissen:

■ Die Versorgungssicherheit hat in der Energiepolitik der Staaten immer noch Vorrang gegenüber der Liberalisierung, aber auch gegenüber Zielen wie Effizienz des Stromeinsatzes, Nachhaltigkeit oder soziale Akzeptanz.  
■ Die künftige Versorgung wird weniger durch mangelhafte Technologie in

Frage gestellt als vielmehr durch soziale Akzeptanz. Beispiele: Der Bau von neuen Kernkraftwerken erfordert die Zustimmung des Volks, neue Stromleitungen lassen sich mit Einsparungen jahrelang blockieren.

■ Der Bau von Produktionsanlagen und Netzen ist stark reguliert, ebenso die Ordnung des Strommarktes. Regierung und Parlament ändern diese Regulierungen oft und unvorhersehbar. Derweil verlangt die EU, dass die Schweiz ihre weitergehende Liberalisierung übernimmt. Die starke Position der Schweiz im europäischen Stromhandel geht zunehmend verloren. «Lähmung und Unsicherheit beherrschen das Klima und verhindern innovative Ansätze», folgert Wohlfahrtstätter.

\* «Innovation in der Schweizer Elektrizitätswirtschaft im Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Liberalisierung», www.wohlfahrtstaetter.ch/home.htm.



nachrichten

**Morgan Stanley übertrifft Erwartungen**

**NEW YORK.** Die Bilanzsaison der US-Banken endet mit einer Überraschung. Nach dem Gewinnbruch bei der Grossbank Goldman Sachs konnte Morgan Stanley mit ihren Zahlen am Erzurivalen vorbeiziehen und alle Erwartungen übertreffen. Die Bank verdiente im zweiten Quartal 1,6 Milliarden Dollar. Im Vorjahresquartal hatte Morgan Stanley wegen der Rückzahlung von Staatshilfen an die US-Regierung tiefrote Zahlen geschrieben. SDA

**Fiat kommt wieder auf Touren**

**MILAND.** Dank Kostensenkungen und einem steigenden Absatz hat der italienische Fiat-Konzern seinen Gewinn verdoppelt. Im zweiten Quartal verdiente Fiat 651 (Vorjahresperiode: 310) Millionen Euro, gab das Unternehmen bekannt. Der Umsatz stieg um 12,5 Prozent. SDA

**Telekom bittet Google und Apple zur Kasse**

**HAMBURG.** Die Deutsche Telekom will Anbieter von datenintensiven Diensten wie Google und Apple künftig stärker zur Kasse bitten. Wenn die Telekom besondere Netzsicherheit oder höchste Übertragungsqualität für Musik oder Video bietet, müsse dies «auch differenziert bepreist werden», sagte Telekom-Chef René Obermann dem «Manager Magazin». DPA



**Coca-Cola verliert in Europa**

**ATLANTA.** Coca-Cola hat im zweiten Quartal mehr verdient als im Vorjahr. Der Getränkeabsatz sei weltweit um fünf Prozent gestiegen, berichtet der Getränkekonzern. Der Überschuss stieg um 16 Prozent auf 2,3 Milliarden Dollar, der Umsatz verbesserte sich von 8,26 auf 8,67 Milliarden. Gefragt waren die Getränke und Mineralwasser vor allem in den Ländern Lateinamerikas, in Russland oder Indien. In Europa setzte Coca-Cola hingegen weniger ab. Zum Verlauf des restlichen Jahres sagte Konzernchef Muhtar Kent, er sei optimistisch, dass Coca-Cola die Ziele erreiche. SDA

**Bündner bauen deutsches Kraftwerk**

**LEVERKUSEN/POSCHIAVO.** Das Bündner Energieunternehmen Repower will im westdeutschen Leverkusen ein Gas- und Dampfkraftwerk bauen. Die Investitionskosten betragen 480 Millionen Franken. Die Anlage soll im Chemieindustrialgebiet Chempark erstellt werden und 2014 in Betrieb gehen. SDA

**Die Schweiz hat mehr säumige Schuldner**

**ZÜRICH.** Die Zahlungsmoral in der Schweiz hat sich im vergangenen Jahr stark verschlechtert. Die Inkassofirmen erhielten rund ein Viertel mehr Aufträge, um offene Schulden einzutreiben, teilt der Verband Schweizerischer Inkassotreibhandinstitute mit. Das Forderungsvolumen erhöhte sich um fast 90 Prozent auf rund 1,34 Milliarden Franken. Insgesamt wurde die Branche letztes Jahr bei rund 890 000 Fällen eingeschaltet. SDA

**Die Verluste sind hausgemacht**

Die SNB liess den Franken erstarken

MICHAEL HEIM

**Die Nationalbank kann den Wert ihrer Rechnungswährung selber bestimmen. Als sie damit aufhörte, den Franken zu verbilligen, beeinflusste das ihre Bilanz.**

Die Devisenverluste von rund 14 Milliarden Franken, welche die Schweizerische Nationalbank (SNB) gestern angekündigt hat (siehe Bericht auf Seite 1), waren zu erwarten. Denn die SNB hat sie eigenhändig verursacht. Über Monate hinweg kaufte die Nationalbank Euro und Dollar und blähte damit nicht nur ihre Bilanz, sondern auch die Geldmenge des Schweizer Frankens auf. Alleine die Devisenbestände in Euro stiegen seit Anfang Jahr von 37 Milliarden auf 121 Milliarden Euro an.

Im Juni hat die Nationalbank diese Käufe offenbar eingestellt und gleichzeitig auch angekündigt, sie sehe künftig wenig Gründe für Interventionen. Das Signal war klar: Von nun an würde die Nationalbank keine «Stützkäufe» mehr in Euro tätigen.

Der Wechselkurs des Euro zum Franken brach in der Folge noch stärker ein. Alleine im Juni sank der Euro von etwa 1.42 auf 1.32 Franken. Und mit sinkendem Kurs verloren die riesigen Bestände der Nationalbank an Wert.

**ALLE WOLLEN FRANKEN.** So gesehen beeinflusst die Schweizer Notenbank den Wert von Euro und Dollar, doch dieser Eindruck trügt. Denn eigentlich ist es umgekehrt. Die Nationalbank steuert vielmehr den Wert der eigenen Währung. Diese war aus ihrer Sicht seit Längerem zu hoch, weil alle Welt Franken kaufen wollte.

Mit ihren Verkäufen von Franken über Monate hinweg hat sie die gestiegene Nachfrage gestillt. Einfach gesagt: Die SNB hat so viele Franken verkauft, bis jeder genug davon hatte, der wollte. Das Problem dabei ist:

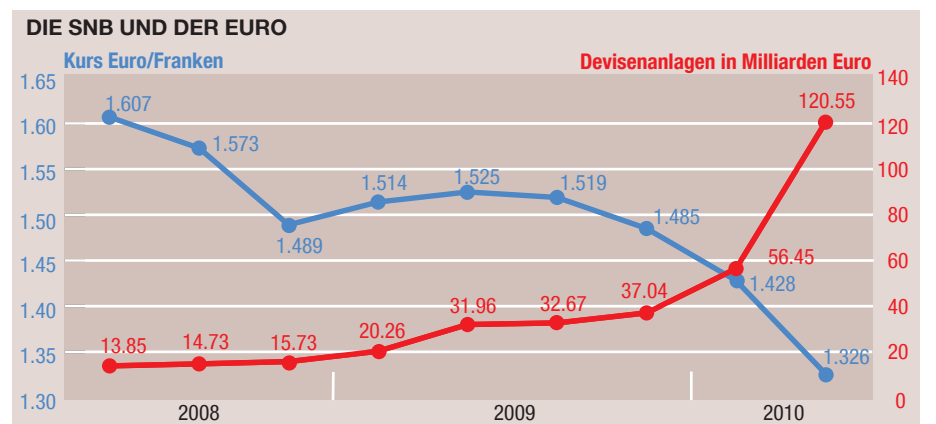
Mit ihrem Überangebot hat die Nationalbank einen künstlichen Kurs geschaffen, der so ohne ihren Eingriff nicht zustande gekommen wäre.

Das Gleiche hatte in den vergangenen Jahren auch die chinesische Notenbank getan. Die USA, an deren Währung die Chinesen ihren Yuan fixiert hatten, beklagten sich zunehmend darüber, dass der Yuan zu billig sei und damit amerikanische Produkte in China zu teuer werden.

**UMSTRITTENE BEWERTUNG.** Darüber, ob auch der Franken wegen der Devisenkäufe der SNB zu billig gewesen ist, wird seit Längerem gestritten. Die einen argumentieren, die Finanzkrise habe den Franken aus einer Panik heraus zur Fluchtwährung gemacht und unberechtigt verteuert. Die anderen sagen, der Wechselkurs widerspiegeln die stabile Wirtschaftslage in der Schweiz und sei fundamental begründet. Auch haben sich in den letzten Jahren die Produkte und Löhne in der Schweiz weniger stark verteuert als im Euro-Land. Das relativiert eine Aufwertung des Frankens; real bleiben Schweizer Produkte etwa gleich teuer.

Mit ihrem Stopp der Interventionen hat die Nationalbank nun weniger den Euro geschwächt als den Franken gestärkt. Zwar haben ihre Stützkäufe durchaus auch eine Auswirkung auf die internationale Wahrnehmung des Euro, sie dürfen jedoch auch nicht überschätzt werden. Gemessen an der Geldmenge gibt es mehr als zehnmal so viel Euro wie Franken. Der Euro-Kurs ist damit auch schwieriger zu bewegen.

Oder um das Bild etwas zu überspitzen: Wer beim Schwimmen in den Rhein pinkelt, verliert einiges an Wasser in seinem Körper. Doch der Pegel des Rheins steigt deshalb nur unwesentlich an.



**Höherer Bestand, tieferer Kurs.** Die Nationalbank hat im zweiten Quartal ihre Euro-Bestände erneut ausgebaut. Der Wechselkurs ist deutlich gefallen. Foto Keystone, Grafik BaZ/dh

**Grenzen eines Wundermittels**

Die Roche-Aktie taucht wegen Verunsicherung zu Avastin

DIETER BACHMANN

**Möglicherweise verliert das Roche-Medikament Avastin in den USA die Zulassung zur Behandlung von Brustkrebs. Analysten sind sich aber nicht einig, wie dramatisch sich das in Umsatzausfällen auswirken würde.**

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Aber spätestens am 17. September entscheidet die US-Zulassungsbehörde FDA, ob Avastin weiterhin gegen Brustkrebs eingesetzt werden darf oder nicht. Ginge es nach einem unabhängigen Expertenausschuss, so wäre die Antwort ein klares Nein (BaZ von gestern). Dieser Ansicht waren zwölf von 13 Mitgliedern. Zu gering sei der Nutzen für Patienten, um die Risiken zu rechtfertigen. Zwar muss sich die FDA nicht zwingend an die Empfehlung des Beratergremiums halten. Trotzdem sind die Roche-Papiere unter Druck geraten, seit vergangene Woche erste Details zur besagten Sitzung vom Dienstag bekannt geworden waren. Auch gestern verlor der Genuschein nochmals 4,2 Prozent an Wert.

Doch was würde ein Entzug der US-Zulassung für diese Indikation für den Konzern mit einem Jahresumsatz von 49 Milliarden Franken bedeuten? Analysten der UBS schätzen die gefährdeten Verkaufsumsätze auf etwa 650 Millionen Franken im 2011. Diese seien durch den Kursrückgang der letzten Tage jedoch bereits im Aktienwert berücksichtigt. «Der Markt wird wohl überreagieren», heisst es in einem Kommentar der Bank vom Mittwochmorgen.

**BLICK NACH EUROPA.** Für Helvea wären Umsätze von zwei Milliarden Franken bedroht – dies allerdings erst dann, wenn auch die europäische Arzneimittelbehörde Emea die Brustkrebszulassung zurückziehen würde. Dafür gibt es aber im Moment keine Anzeichen. Dennoch dürfte die Angelegenheit die auch in Europa laufende Debatte über Kosten und Nutzen des Krebsmedikaments anheizen. Eine Einordnung durch Roche erhoffen sich die Analysten an der Präsentation der Halbjahreszahlen heute Donnerstag.

**Regulierung lähmt Strombranche**

Neue Studie analysiert Auswirkungen der abgewürgten Marktöffnung

HANSPETER GUGGENBÜHL

**Die Öffnung des Strommarkts ist abgewürgt, die Stromversorgung ungesichert: Die Schweizer Strombranche wirkt derzeit wie gelähmt. Zu diesem Schluss kommt eine neue Dissertation.**

Die Schweizer Stromwirtschaft fuhr in den vergangenen Jahren wachsende Gewinne ein – dank der Liberalisierung des internationalen Stromhandels unter den grossen Elektrizitätsunternehmen. Mit dem Stromversorgungsgesetz öffnete das Parlament 2007 diesen Markt auch für Verteilwerke und grosse Endverbraucher.

In ihrer ETH-Dissertation wollte Claudia Wohlfahrtstätter untersuchen, wie die Elektrizitätsunternehmen in diesem neuen Markt agieren. Die folgende Entwicklung durchkreuzte jedoch die Pläne der Doktorandin, die zuvor als leitende Mitarbeiterin bei der Stromhändlerin EGL gearbeitet hatte. Denn im März 2008 beschloss der Bundesrat die Stromversorgungs-Verordnung (Strom-VV), welche die Marktöffnung im Detail regelt.

**FEHLENDE ANREIZE.** Die StromVV verpflichtet die Elektrizitätswerke, allen Kleinkunden sowie den Grosskunden, die am Markt nicht teilnehmen wollen, den Strom zu «Gestehungskosten» zu liefern. Doch weil die Produktion und die Bezugsverträge der Schweizer Stromwirtschaft billiger sind als die Preise auf dem europäischen Strommarkt, fehlt den zutrittsberechtigten Grossverbrauchern sowie ausländischen Anbietern jeder Anreiz, am Markt teilzunehmen. Auf Druck des Parlaments,

das gegen die angekündigte Erhöhung der Netztarife heftig protestierte, begrenzte der Bundesrat im Herbst 2008 zusätzlich die Verzinsung des Netzkapitals sowie die Überwälzung der Netzkosten. Beispiel: Ein Teil der Kosten für die Netzregulierung (die sogenannten Systemdienstleistungen) halste der Bundesrat mit einer eiligst beschlossenen Revision der StromVV den Kraftwerkbetreibern auf – ein Entschluss, den das Bundesverwaltungsgericht kürzlich allerdings als gesetzwidrig taxierte.

**STAATSEINGRIFF.** Der Staat schützte damit die Schweizer Stromkonsumenten vor starken Tarifaufschlägen. Gleichzeitig verhinderte er aber die Anpassung der nationalen Preise ans höhere europäische Marktpreisniveau und mindert den Anreiz, ins Stromnetz zu investieren. Mit dieser Form von «Liberalisierung» tat die Schweiz «einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung», schreibt Wohlfahrtstätter, denn: «Sie reguliert den Preis stärker als vor der neuen Marktordnung und belohnt diejenigen, die den Markt meiden.»

Weil sich über einen Markt, an dem keiner teilnimmt, keine Dissertation schreiben lässt, änderte die Autorin Konzept und Methodik ihrer Arbeit: Um das «Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Liberalisierung» zu ergründen, interviewte sie 33 Entscheidungsträger und Experten der Schweizer Elektrizitätswirtschaft, darunter die Chefs der grossen Stromunternehmen. Dabei kam Wohlfahrtstätter zu folgenden Erkenntnissen:

- > Die Versorgungssicherheit hat in der Energiepolitik der Staaten immer noch Vorrang gegenüber der Liberalisierung, aber auch gegenüber Zielen wie Effizienz des Stromeinsatzes, Nachhaltigkeit oder soziale Akzeptanz. Fehlende Marktsignale hindern die Schweizer Elektrizitätswirtschaft, in der Stromversorgung vermehrt die Nachfrage zu beeinflussen, zum Beispiel Spitzen durch die Förderung von intelligenten Netzen (Smart-Grid) zu glätten.
- > Die künftige Versorgung wird weniger durch mangelhafte Technologie infrage gestellt als durch soziale Akzeptanz. Beispiel: Der Bau von neuen Kernkraftwerken erfordert die Zustimmung des Volkes.
- > Der Bau von Produktionsanlagen und Netzen ist stark reguliert, ebenso die Ordnung des Strommarktes. Regierung und Parlament ändern diese Regulierungen oft und unvorhersehbar. Derweil verlangt die EU, dass die Schweiz ihre weitergehende Liberalisierung übernimmt – diese verliert ihre starke Position im europäischen Stromhandel zunehmend. «Lähmung und Unsicherheit beherrschen das Klima und verhindern innovative Ansätze», folgert Wohlfahrtstätter.
- > Nun sollten die Forschungsgelder umgeleitet werden, empfiehlt die Autorin: Statt nur technologische Neuerungen zu entwickeln, seien in der Elektrizitätswirtschaft «primär Innovationen in der Aufklärung der Bürger und der Gestaltung von geeigneten Rahmenbedingungen» notwendig.